

Archiviert: Donnerstag, 25. Januar 2024 13:05:13

Betreff: WG: 240102 EILT SOFORT BMWK 2 Fragen Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz

Wichtigkeit: Normal

Vertraulichkeit: None

~

~

Von: [REDACTED]

Gesendet: Dienstag, 2. Januar 2024 15:01

An: [REDACTED]

Cc: [REDACTED]

Betreff: WG: 240102 EILT SOFORT BMWK 2 Fragen Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz

Priorität: Hoch

~

Liebe [REDACTED]

~

hier die Antwort des BMWK.

~

@ [REDACTED] die Deckung der HB wurde nicht aufgegriffen.

~

Ich hatte außerdem gerade BMFSFJ (Fachebene [REDACTED]) an der Strippe, der ich Einiges erläutert habe (deckte sich mit den Nachfragen, die eben über MinBüro kamen). Sie sagte mir, dass BMFSFJ Leitung wohl überlege eine StN abzugeben bzw. BMWK eine StN für die grünen Ressorts gemeinsam abgebe (was ja nun erstmal nicht passiert ist, Mail [REDACTED] BMWK ging ja nur an uns und im Namen BMWK).

~

Danke für Hinweise zum weiteren Vorgehen aus IIa1.

~

Herzliche Grüße

~

Von: [REDACTED]

Gesendet: Dienstag, 2. Januar 2024 14:44

An: [REDACTED]

Cc: [REDACTED]

Betreff: AW: 240102 EILT SOFORT BMWK 2 Fragen Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz

~

Lieber [REDACTED]

~

vielen Dank für die schnelle Antwort. Wir bitten um folgende Änderungen der geplanten Neuregelung zur zumutbaren Arbeit in § 31a: ~

~

In § 31a Abs. 1 S.1 Nr. 2:

-~~~~~ Klarstellung, dass der Fall der abgelehnten Arbeit schon vorgekommen sein und alle drei Stufen der Sanktions-Kaskade durchlaufen sein müssen.

~

In der Begründung zu Nummer 4 (§ 31a):

-~~~~~ Streichung der Sätze „Abweichend von der in § 31a Absatz 4 Satz 1 geregelten Begrenzung der Minderungshöhe auf 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs entfällt nach Absatz 7 Satz 1 der Leistungsanspruch in Höhe des Regelbedarfes, wenn erwerbsfähige Leistungsberechtigte sich willentlich weigern, eine zumutbare Arbeit anzunehmen oder aufzunehmen. Einer vorherigen Leistungsminderung bedarf es hierfür nicht.“

-~~~~~ Aufnahme einer Klarstellung, dass der Qualifizierungsvorrang gelten muss.

~

Im Anschluss an Ihre Antwort werden wir eine erneute Leitungsbefassung vornehmen.

~

Darüber hinaus bittet das BMWK um Beteiligung des BMFSFJ.

Herzliche Grüße

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

~

~

Von: [Redacted]

Gesendet: Dienstag, 2. Januar 2024 12:10

An: [Redacted]

Cc: [Redacted]

Betreff: 240102 EILT SOFORT BMWK 2 Fragen Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz

~

[Redacted] Sicherheitshinweis [Redacted]

Die nachfolgende E-Mail wurde außerhalb des BMWK erstellt. Links und Anhänge können ein erhebliches Risiko darstellen!
Wenn Sie gebeten werden, auf einer verlinkten Webseite Daten einzugeben, könnte es sich hierbei um einen Phishing-Versuch handeln.
Verhalten Sie sich bitte besonders vorsichtig!~Weitere Informationen finden Sie im weNet.

~----- Ende Sicherheitshinweis -----

~

[Redacted]

~

Liebe Frau [Redacted]

~

vielen Dank für Ihre Nachfragen, die Antworten wegen der Eilbedürftigkeit der Einfachheit halber direkt unten im Text.

Gerne können Sie bei Nachfragen anrufen.

~

Viele Grüße

~

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

~

Von: [REDACTED]

Gesendet: Dienstag, 2. Januar 2024 11:24

An: [REDACTED]

[REDACTED]

Cc: [REDACTED]

[REDACTED]

Betreff: WG: Beitrag BMAS "Arbeitsmarkt" für ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz

Priorität: Hoch

~

Lieber [REDACTED]

~

Sie hatten telefonisch vorab bestätigt, für die geplanten Neuregelungen bei nachhaltiger Arbeitsverweigerung fachlich zuständig zu sein.

~

Vielen Dank für den Entwurf zum Bereich „Arbeitsmarkt“, der die politische Einigung vom 19.12.2023 im Grundsatz umsetzt.

~

Zum ersten Punkt „Leistungsentzug bei nachhaltiger Arbeitsverweigerung“ haben sich unsererseits noch zwei Nachfragen ergeben, um deren Beantwortung wir bitten wollen:

~

Der komplette Entzug von zwei Monaten Regelsatzleistungen ohne vorige mildere Sanktionen erscheint uns sehr einschneidend.

Wir würden Sie deshalb darum bitten, noch einmal dazulegen und zu erläutern, ob und inwiefern nicht zuvorderst eine mildere

Sanktion - etwa eine Kürzung des Regelsatzes um 10% bzw. 20% (wie auch gemäß § 31a Abs. 1 SGB II) - vorgesehen werden sollte, bevor ein kompletter Entzug der Regelsatzleistungen möglich ist?

~

Die hier neu geregelte Fallkonstellation betrifft nur Fälle, in denen der gesetzliche Instrumentenkasten schon „ausgereizt“ ist und der Wert von 30 Prozent Leistungsminderung bereits erreicht ist. Diese Obergrenze hat das Bundesverfassungsgericht in seinem einstimmig getroffenen - Urteil vom 5. November 2019 festgehalten. Darüber hinausgehend hat das Bundesverfassungsgericht aufgezeigt, wie eine Regelung bei Totalverweigerung getroffen werden könnte. Dieser Weg wird nunmehr beschritten, insbesondere da dem BMAS der fachliche Bedarf aus der Praxis einleuchtet. Dabei geht es aber nicht um eine „Bestrafung“ von Menschen, sondern um die Sicherung von Kontaktmöglichkeiten und die Anbindung an den Arbeitsmarkt bei einem konkret verfügbaren Arbeitsangebot. Die Regelung hat damit vor allem präventiven Charakter. Anders als vom Bundesverfassungsgericht eröffnet werden nicht etwa alle gesetzlichen Leistungen gestrichen, sondern es werden die Kosten der Unterkunft (und Heizung) sowie Mehrbedarfe (etwa bei Schwangerschaft, Behinderung oder besonderer Ernährung) weiter gezahlt.

~

Zudem stellt sich die Frage, ob nicht ein Qualifizierungsvorrang vorzusehen ist, sodass eine harte Sanktion nicht verhängt werden kann, wenn die oder der Leistungsberechtigte an einer Qualifizierungsmaßnahme teilnimmt oder plant, daran teilzunehmen?“

~

Die Berücksichtigung von Qualifizierungen ist bereits mit den Neuregelungen zum Bürgergeld erfolgt. Der sogenannte Vermittlungsvorrang wurde abgeschafft. Damit sind Arbeit und Ausbildung gleichwertig und dies wird selbstverständlich bei der Prüfung des Vorliegens eines wichtigen Grundes bei der Frage, ob es tatsächlich zu Leistungsminderungen kommen kann, berücksichtigt. Für eine Klärung einer Meinungsverschiedenheit zwischen Jobcenter und Leistungsberechtigten über eine Weiterbildung bietet sich auch das mit dem Bürgergeld neu eingeführte Schlichtungsverfahren an.

~

Praktisch ist zu berücksichtigen, dass die Menschen, die ggf. in den Anwendungsbereich der neuen Regelung zur Totalverweigerung fallen könnten, leider weit entfernt von der Teilnahme oder auch nur einem Teilnahmewunsch an einer Qualifizierung sein dürften.

~

Herzliche Grüße

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

~

~